

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 34 (2015)
Heft: 66

Artikel: Care-Arbeit - die feministische Zukunftsfrage
Autor: Isler, Simona / Peter, Anja
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652014>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Care-Arbeit – die feministische Zukunftsfrage*

«Le service est à la fois une question et un problème; une question qui serait celle de l'utopie, utopie du lien entre les corps, entre les personnes, entre les corps des personnes; et un problème, celui qui énonce le difficile, la difficulté de l'égalité entre ces corps, entre les sexes, entre leurs places sociales.»¹

Personalmangel im Gesundheitswesen, fehlende Kinderbetreuungsplätze, massive Verteuerung der Kranken- und Altenpflege oder die Debatte um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind aktuelle Themen der öffentlichen Auseinandersetzung rund um die sogenannte Care-Krise. Wir verschieben den Fokus und stellen grundsätzlich die Organisation der Sorge- und Versorgungsarbeit für und am Menschen zur Debatte. Die Frage nach der gesellschaftlichen Organisation dieser Arbeit ist eine zentrale feministische Zukunftsfrage. Nicht nur weil diese Arbeit im letzten Jahrhundert bis heute vorwiegend von Frauen geleistet wurde und wird, sondern auch weil diese Arbeit einen zentralen Stellenwert für das Wohlergehen und den Lebensstandard von uns allen hat. Es geht dabei um die bezahlte Pflege, Betreuung und Unterstützung von Hilfsbedürftigen wie Kindern, Kranken und Alten (die personenbezogenen Dienstleistungen), ebenso um die unbezahlte Haus- und Familienarbeit.

Care-Arbeit, auch Sorge- oder personenbezogene Arbeit genannt, also die Sorge um und die Versorgung von Menschen, ist unverzichtbarer Teil des Alltagslebens. Umso dringender scheint eine ernsthafte Debatte um das Konzept und die zukünftige gesellschaftliche Organisation dieser Arbeit. Auch weil die Care-Arbeit schon seit längerem und ganz besonders in den aktuellen Wirtschaftskrisen massiv unter Druck gerät. Dabei stehen drei zu klärende Fragenkomplexe im Vordergrund: 1. Was ist der spezifi-

* Dieser Beitrag entstand im Anschluss an die Debatten an der Tagung von WIDE Switzerland «Gender Macht Arbeit» vom 4. Mai 2012 in Bern.

sche Charakter von Care-Arbeit? Welche Arbeitsprozesse beinhaltet sie genau? 2. Welche besonderen Bedürfnisse der ErbringerInnen und EmpfängerInnen leiten sich daraus ab? Welche Voraussetzungen benötigt die Care-Arbeit, damit sie für alle Beteiligten gut gemacht werden kann? 3. Wer soll in Zukunft diese Arbeit zu welchen Bedingungen leisten und welche konkreten politischen Massnahmen gilt es dafür umzusetzen?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, beleuchten wir anhand dreier Beispiele die aktuelle Situation und klären, wer heute zu welchen Bedingungen Care-Arbeit in den Haushalten oder im Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen leistet. Wir machen auf die konzeptuellen Defizite aktueller Debatten aufmerksam und denken über den Charakter von Care-Arbeit nach. Dafür sind die Überlegungen der französischen Philosophin und Feministin Geneviève Fraisse von zentraler Bedeutung. Ihr Buch *Service ou servitude. Essais sur les femmes toutes mains*² dient uns als Inspirationsquelle. Fraisse plädiert dafür, die unbezahlte und die bezahlte Care-Arbeit zusammenzudenken, damit eine (Re-)Politisierung der Anliegen von Frauen überhaupt möglich sei. Als eine der wenigen Feministinnen setzt sie sich mit den Inhalten, Bedingungen und Anliegen der personenbezogenen Arbeit auseinander und versucht die Tabuisierung dieser Arbeit aufzubrechen.³ Schliesslich fragen wir nach politischen Alternativen: Wie können Frauen von der bisher unbezahlten Arbeit entlastet werden, und wie soll sich eine Gesellschaft organisieren, damit die lebensnotwendige bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit gut ausgeführt werden kann?

Frauenarbeit unter wirtschaftlichem Druck

Seit den 1970er-Jahren ist in der Schweiz die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Ehefrauen kontinuierlich angestiegen. Diese von der Mehrheit der gesellschaftlichen Kräfte begrüsste Entwicklung⁴ ist in verschiedener Hinsicht zu problematisieren: Erstens relativiert sich der Befund höherer Erwerbstätigkeit von Frauen durch die Tatsache, dass diese mehrheitlich Teilzeit arbeiten. Das gleiche Volumen an Erwerbsarbeitsstunden wird heute lediglich unter mehr Frauen aufgeteilt. Hinzu kommt, dass Teilzeitarbeitsverhältnisse in vielerlei Hinsicht gegenüber Vollzeitarbeitsstellen benachteiligt sind: Arbeit auf Abruf, atypische Arbeitszeiten und befristete Arbeitsverträge sind hier besonders verbreitet.⁵ Damit einher geht eine schlechte Absicherung der Teilzeitarbeitnehmenden durch die Sozialversicherungen. Zweitens blieb, trotz der höheren Belastung durch bezahlte Arbeit, die unbezahlte Arbeit an den Frauen hängen. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Zwei Drittel der gesamten unbezahlten Arbeit werden heute von Frauen verrichtet, zwei Drittel der bezahlten Arbeit entfallen auf Männer.⁶ Frauen arbeiten doppelt: Gratis zu Hause und in der

Erwerbsarbeit mit Teilzeitpensum – häufig im Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen. Die Folgen sind für die Frauen problematisch: Im Vergleich zu den Männern kommen sie ökonomisch auf keinen grünen Zweig, und ihre frei verfügbare Zeit ist äusserst knapp.

Die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sind also nach wie vor gross, obwohl sich die wirtschaftliche und politische Ausgangslage seit den 1970er-Jahren verändert hat. Zwar will heute kaum jemand die Frauen an den Herd zurückschicken. Die Frage aber, wer die Kinder, Kranken und Alten zu Hause betreut, wenn Frauen keine Zeit mehr für diese Aufgaben haben, bleibt völlig ungeklärt. Aktuelle Debatten drehen sich ausschliesslich um das Problem des richtigen individuellen Zeitmanagements – dabei wird kaum darüber nachgedacht, was Kinder, kranke und alte Menschen wirklich brauchen. Und auch die ebenso wichtigen Bedürfnisse von Müttern, Pflegerinnen und Betreuerinnen werden kaum thematisiert. Dies führt an verschiedenen Schauplätzen der unbezahlten und bezahlten Care-Arbeit zu schwierigen Situationen für die Betroffenen:

1. Nicht nur der Mangel an Betreuungsplätzen, sondern auch alltägliche Dringlichkeiten wie die Betreuung kranker Kinder verweisen die Formel von der Vereinbarkeit von Kind und Beruf ins Reich der Illusionen. Die Bedürfnisse der Kinder, die liebevolle Zuwendung und Aufmerksamkeit brauchen, und diejenigen der Mütter und Väter, die Zeit und Geduld dafür aufbringen möchten, müssen jederzeit jenen der Berufswelt untergeordnet werden. Kinder aber sind abhängig. Kinder können nicht verschoben, umorganisiert oder telefonisch besprochen werden, Sitzungen und Arbeitseinsätze hingegen schon. Die Macht der Firmen und Chefs über die häusliche Zeit und die persönlichen Beziehungen ist sowohl für Verkäuferinnen, die auf Abruf arbeiten, wie auch für Frauen, die in ihrem Beruf trotz der Kinder etwas erreichen wollen, ein Problem, das kaum öffentlich artikuliert werden kann.
2. Immer häufiger werden in Schweizer Haushalten Migrantinnen in den Dienst häuslicher Aufgaben genommen. Problematisch ist ihre soziale und rechtliche Stellung. Fehlende Aufenthaltsbewilligungen und andere Aspekte des unsicheren Status erschweren die öffentliche Thematisierung und somit die Politisierung der Anliegen von Hausangestellten. Auch erleichtert der Charakter der Arbeit eine öffentliche Debatte nicht unbedingt. Hausangestellte leben und arbeiten in einer Familie, die gleichzeitig Arbeitgeberin ist. Sie teilen Zeit und Raum mit ihren ChefInnen. Sie sind in einen Familienzusammenhang integriert und bleiben doch möglichst unsichtbar. Privathaushalte sind vor der Öffentlichkeit geschützte Räume, und was darin im Bezug auf Haushalt, Versorgung und Pflege passiert, gilt als private Angelegenheit der BürgerInnen.

3. Über fünfzig Prozent aller erwerbstätigen Frauen sind im Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen angestellt. Und gerade das Gesundheitswesen wird im Moment massiv umgebaut. Ursprünglich nichtprofitable öffentliche Dienstleistungen werden zu profitablen Geschäftsfeldern. Der so produzierte ökonomische Druck verlangt nach industriellen Standards und Rentabilität. In der Folge steigt der Druck auf die Löhne der Pflegenden und auf die für die einzelnen PatientInnen zur Verfügung stehende Zeit massiv. Arbeitsabläufe werden nach Managementkriterien fragmentiert, verwaltet und standardisiert. Dass qualitativ gute Pflege vor allem viel Zeit und Aufmerksamkeit für den einzelnen Patienten benötigt und Genesung nicht nur von Hightech-Medizin, sondern auch von individueller Begleitung abhängt, geht dabei völlig vergessen. Sowohl PatientInnen wie auch Pflegende leiden unter schlechter werdender Versorgung und Arbeitsbedingungen.

Die Beispiele zeigen, dass die privaten Haushalte und die personenbezogenen Dienstleistungen unter grossem wirtschaftlichem Druck stehen und dass, obwohl das Ideal der bürgerlichen Hausfrau ausgedient hat, es nach wie vor die Frauen sind, welche gratis oder schlecht bezahlt zu Hause und in Institutionen pflegen, trösten, kochen, waschen, betreuen usw.

Geschlechtsspezifische Verteilung von Care-Arbeit ist nicht das Hauptproblem

Die Hoffnung vieler, dass sich Männer immer mehr und eines Tages im gleichen Umfang wie Frauen an der Care-Arbeit beteiligen, hat sich nicht erfüllt und wird sich ohne politische Massnahmen, die zur Umverteilung zwingen, auch in Zukunft nicht realisieren. Schon allein der Blick auf das Volumen der unbezahlten Arbeit, welches um einiges grösser ist als das Gesamtvolumen der Erwerbsarbeit, macht klar, dass eine Umverteilung nur mit einer neuen Perspektive auf umzusetzende politische Massnahmen zugunsten der Care-Arbeit überhaupt denkbar wird.⁷

Aber ist es tatsächlich das entscheidende Problem, dass vor allem Frauen in der Care-Arbeit tätig sind? Sind nicht in erster Linie die Arbeitsbedingungen, die schlechten oder gänzlich fehlenden Löhne und der immer weiter zunehmende Produktivitätsdruck das eigentliche Problem? Wir sind auch in Zukunft von der guten Sorge für Menschen abhängig. Mehr noch: Längerfristig sind die personenbezogenen Dienstleistungen der einzige Wirtschaftssektor, der wachsen wird. Care-Arbeiten sind demnach sinnvolle, wichtige und zukunftsträchtige Aufgaben. Es ist also angebracht, darüber nachzudenken, wie diese Arbeit gut gemacht werden kann, statt jungen Mädchen nahezulegen, einen technischen Beruf mit besseren Lohnaussichten zu erlernen. Angesichts des Mangels an Personal in der Pflege,

in der Bildung und in den sozialen Berufen ist es absurd, Frauen davon abzuhalten zu wollen, hier tätig zu sein. Genau dies ist das Ziel aktueller gleichstellungspolitischer Massnahmen, die beim Berufswahlverhalten der Einzelnen ansetzen und die Vorlieben junger Frauen und Männer beispielsweise mittels Gendertrainings umpolen möchten.⁸ Dieser Ansatz, der beim individuellen Verhalten ansetzt, um dem «Doing Gender»⁹ entgegenzuwirken, ist jedoch blind für die strukturellen Probleme, mit welchen der Care-Sektor und die darin Tätigen zu kämpfen haben. (Siehe auch Tagungsbericht Isler in diesem Heft.) Viel wichtiger als die Frage, wer die gesellschaftlich notwendige Care-Arbeit übernimmt, scheint uns deswegen diejenige nach den Bedingungen zu sein, die ermöglichen würden, dass sie für alle Beteiligten – auch und gerade im Sinne der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern – gut gemacht werden kann. Wäre es zum Beispiel richtig, die Forderung nach der Bezahlung der Hausarbeit wieder aufzunehmen?

Das Besondere am Sorgen und Versorgen

Wir denken also zu wenig über Fragen nach, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit gute Care-Arbeit möglich ist und wie eine Gesellschaft die Sorge am und um den Menschen organisieren soll. Die Philosophin Geneviève Fraisse betont, dass die Besonderheit der unbezahlten Hausarbeit, aber auch eines grossen Teils bezahlter Frauenarbeit im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen darin besteht, dass sie für und an Menschen geleistet wird. Diese Arbeit ist immer eingebettet in Beziehungen und erfolgt oft nahe am Körper. Hausarbeit, Sorgearbeit oder Care-Arbeit sind daher keinesfalls gleichzusetzen mit «jeder anderen Arbeit». Ihre Besonderheit muss gerade hervorgehoben werden, und zukunftsgerichtete feministische Politik sollte auf dieser Erkenntnis aufbauen. Warum aber sind Frauenbewegte nicht in der Lage, diese Problematik rund um Care-Arbeit zu erfassen und zum Gegenstand politischer Debatten zu machen?

Vielleicht weil die heutige Gesellschaft die Existenz von Abhängigkeitsbeziehungen negiert und stattdessen Eigen- und Selbstverantwortung fordert.¹⁰ Autonom und unabhängig sollen und wollen wir sein, für uns selbst sorgen. Auf niemanden angewiesen zu sein, ist fundamental für das vorherrschende Selbstverständnis. Dieses Selbstbild ist eine Illusion. Die wenigsten Menschen sind nämlich frei von Abhängigkeiten. Sobald wir krank oder alt werden, sind wir darauf angewiesen, von anderen Menschen versorgt und gepflegt zu werden. Kinder können nicht ohne Erwachsene überleben, Mütter brauchen ökonomische Unterstützung von Freunden, Verwandten oder dem Staat, und Hausangestellte sind, wie das Beispiel der rechtlosen Migrantinnen zeigt, oft abhängig von ihren ArbeitgeberInnen. Unsere Beziehungen sind geprägt vom gegenseitigen Angewiesensein.

Die Frage ist, wie wir als Individuen und insbesondere als Gesellschaft mit diesen menschlichen Abhängigkeiten umgehen und wie wir die Schwachen schützen wollen. Zum Problem wird Abhängigkeit insbesondere dann, wenn sie nicht artikuliert und daher auch nicht politisiert, sondern abgelehnt und verneint wird. Das heute vorherrschende Selbstverständnis, welches die Abhängigkeit als ein Element menschlicher Beziehungen ablehnt, wird nicht nur der gelebten Realität aller Menschen nicht gerecht, es stellt auch den riesigen Sektor der Care-Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft vor schier unlösbare Probleme.

Wie wollen wir als Gesellschaft die Pflege von Kranken, die Unterstützung von Alten und die Betreuung von Kindern organisieren? Welche Organisationsform bietet Raum, damit beide Seiten (Pflegende und PatientInnen, Kinder und Mütter, Töchter und betagte Eltern) ihre Bedürfnisse formulieren und zur Geltung bringen können? Diese Fragen stellen unsere Unabhängigkeitsansprüche vor ein Dilemma – weil die genannten Bedürfnisse nicht verstanden werden können, solange Abhängigkeit und gegenseitiges Angewiesensein in unserem Denken und Handeln keinen Platz haben.

Geneviève Fraisse beschreibt in *Service ou servitude*, wie Dienerinnen und Diener im vorliberalen Europa buchstäblich mit Leib und Seele ihren Herrschaften gehörten. Sie lebten auf Lebzeit im Haushalt und waren zugleich Haushaltsmitglieder und Untergebene mit entsprechend reduzierten Ansprüchen und Rechten. Mit den neuen Prinzipien der Demokratie und Gleichheit, welche die französische Revolution mit sich brachte, war diese Beziehungs- und Arbeitsorganisation nicht mehr vereinbar. Gleichzeitig brauchten die nun bürgerlichen und nicht mehr adeligen Haushalte nach wie vor Menschen, die für sie die Häuser putzten, die Kinder und Alten betreuten und die Gärten pflegten: die in ihrem Dienst standen, am besten rund um die Uhr.

Rechtspolitische Debatten dieser Zeit zeugen davon, dass dies im 18. und 19. Jahrhundert ein breit diskutiertes Problem war. Wie konnten DienerInnen gleich sein wie ihre HerrInnen? Sie waren es offensichtlich nicht, denn sie dienten. Das Dienen implizierte ein Abhängigkeitsverhältnis, es konnte nicht – so die Meinung der ZeitgenossInnen – nach demokratischen Grundsätzen als ein freies, d. h. vertragliches Arbeitsverhältnis organisiert werden. So wurden den DienerInnen die Bürgerrechte abgesprochen, um sie (noch) nicht in den Kreis der gleichberechtigten Bürger aufnehmen zu müssen.¹¹

Auch im 20. und 21. Jahrhundert sind Angestellte im Dienst der Haushalte weiterhin fester Bestandteil der Arbeitsorganisation. Die verschiedenen Hausarbeiten werden vermehrt an unterschiedliche Personen delegiert (Putzfrau, Gärtner, Essenslieferant, Kinderbetreuerin usw.), aber auch das

Dienen rund um die Uhr taucht immer wieder auf, in der Schweiz unter den Bezeichnungen Au-Pair, Welschlandaufenthalt, Haushaltsjahr, Pflegeservice. Durch Verträge und durch die Regulierung ihrer Arbeitsverhältnisse wurden die DienerInnen nun zu Dienstleistenden. Auch die Erfindung der Hausfrau nach den beiden Weltkriegen war ein wichtiger Schritt hin zur Neuorganisation der Arbeit im 20. Jahrhundert.¹² Das Dienen hat also in den europäischen Gesellschaften eine längere Geschichte. Eine genauere Aufarbeitung dieser historischen Dimensionen könnte für aktuelle Auseinandersetzungen äusserst aufschlussreich sein.

Ein weiterer Aspekt ist den heutigen Diskussionen über die Sorge um den Menschen abhanden gekommen: die Körperlichkeit. Eine (Arbeits-) Beziehung, in der sich jemand mit Leib und Seele in den Dienst und damit in den Besitz eines anderen begibt, ist heute unvorstellbar – wer dient (d.h. pflegt, betreut, sich prostituiert), entledigt sich zumindest seiner Körperlichkeit. Er oder sie bietet eine zeitlich und emotional klar begrenzte Dienstleistung an, nicht sich als Person und auch nicht seinen Körper, sondern ausschliesslich einen bestimmten Dienst. Doch wie umgehen mit Berührungen, intimen Einblicken und körperlichem Einsatz, wenn die Körperlichkeit im Denken und Sprechen über die Arbeit keinen Platz hat? Auch wenn wir heute lieber von möglichst unpersönlichen Dienstleistungen ausgehen und uns das Dienen in seiner umfassenderen Bedeutung suspekt und unangenehm ist, bleiben Abhängigkeiten und Körperlichkeit besondere Merkmale dieser Arbeiten. Denn die Sorgearbeit am Menschen beruht auf Beziehung und Körperlichkeit – deswegen kann sie unmöglich durch Maschinen ersetzt oder ins billige Ausland verlagert werden. Wir stehen also noch immer vor dem gleichen Problem: Wie organisieren wir Sorgearbeiten, die ganz anders funktionieren als etwa das Produzieren von Gütern, weil sie nicht loszulösen sind von menschlichen Beziehungen, von Abhängigkeit, von Körperlichkeit und vom Aspekt des Dienens?

Care-Arbeit der kapitalistischen Logik entziehen

Welche Fragen und welche politischen Forderungen gilt es heute zu stellen? Im Dienst für und am Menschen liegt unsere Zukunft. Wir müssen die Frage der Abhängigkeit und des Dienens (wieder) enttabuisieren und politisieren. Wir müssen über diese spezifischen Dimensionen des personenbezogenen Arbeitens sprechen, um überhaupt klären zu können, was das «gute Dienen» konkret beinhalten könnte und welche Bedingungen wir brauchen, um dieses zu ermöglichen. Care-Arbeit ist sichtbar zu machen und aus dem politischen Tabu der Privatsphäre zu befreien, ohne dabei die intime Dimension des Dienens zu übergehen. Dazu müssen wir die Diskussion über alle in diesem Beitrag angesprochenen Fragen eröffnen.

Anstösse dazu geben Aktionen von Berufsverbänden und anderen Zusammenschlüssen von Betroffenen, beispielsweise die Aktionen der Pflegenden in Zürich¹³ oder der Spitalkämpferinnen im Berner Oberland.¹⁴ Daran müssen wir anknüpfen, denn nur die direkt in die Care-Arbeit Involvierten, die LeistungsempfängerInnen und -erbringerInnen, können gute Bedingungen für das Dienen definieren und Massnahmen konkretisieren. Statt abstrakter wirtschaftspolitischer Vorstellungen und Ziele, die meist aus dem Bereich der Güterproduktion stammen, müssen die praktischen und spezifischen Erfahrungen aus der Arbeit am Menschen im Zentrum der Debatte stehen.

Neben der dringenden Zukunftsdebatte über das Dienen gilt es politische Forderungen zu stellen, die den verschiedenen Dimensionen der Sorgearbeit gerecht werden. Damit die noch zu führende Auseinandersetzung rund um die Arbeit am Menschen überhaupt eine Breitenwirkung entfalten kann und die aus der Sicht der Betroffenen formulierten Bedingungen eine Chance auf Umsetzung haben, muss sämtliche Care-Arbeit der Logik des kapitalistischen Verwertungssystems entzogen werden. Care-Arbeit lässt sich unter kapitalistischen Bedingungen nur mit schmerzlichen Folgen gewinnbringend organisieren – die aktuellen politischen Reformen zeigen deutlich, dass die monetären Gewinne immer auf Kosten der Mütter, Kinder, Pflegenden, Betreuenden, Alten und Kranken erwirtschaftet werden.

Genau hier sollten unsere Forderungen ansetzen. Wir lassen nicht länger zu, dass der Dienst am Menschen weiter unter Druck gerät, denn diese Arbeit ist absolut notwendig und wünschenswert. Darum müssen Staat und Gesellschaft dafür genügend Geld zur Verfügung stellen. Ohne diese Ressourcen werden die ErbringerInnen und EmpfängerInnen von Sorgearbeit niemals über die nötige Zeit und den erforderlichen emotionalen und physischen Raum verfügen. Es ist eine Frage des politischen Willens, ob ausreichend Geld für den Dienst am Menschen bereitgestellt wird, und nicht eine Frage der ökonomischen Möglichkeit, wie das aktuelle politische Diskurse suggerieren. Allein für die Pflege von kranken, über 65-jährigen Menschen gibt beispielsweise der schwedische Staat im Jahr rund zehn Milliarden Franken mehr aus als die Schweiz, ohne dabei wirtschaftlich zugrunde zu gehen.¹⁵ Es geht also um mehrere Milliarden Franken, die in der Schweiz für Care-Arbeit bereitgestellt werden müssen. Aus feministischer Sicht ist diese Finanzierung von Care-Strukturen von zentraler Bedeutung.

Eine feministische Lobby für Care-Arbeit!

Um die Frauen aus ökonomischer Ungleichheit und Abhängigkeit zu befreien, muss ein viel grösserer Teil der unbezahlten Care-Arbeit zugunsten

von Kindern, kranken, gebrechlichen und alten Menschen regulär bezahlt werden. Die Löhne im Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen müssen nach oben angepasst werden. Das nötige Geld dafür kann über finanzielle Transferleistungen und/oder über Leistungen der öffentlichen Hand aufgetrieben werden. Die aktuellen Probleme rund um die Sorge für und am Menschen lassen sich aber nicht durch die Entlohnung allein lösen. Wir halten es auch nicht unbedingt für erstrebenswert, alle Arbeit in Lohnarbeit zu überführen.¹⁶ Vielmehr sollte auch die Normalarbeitszeit in der Erwerbsarbeit gesenkt werden. Dann hätten wir genügend Zeit, andere notwendige Arbeit zu erledigen. Das würde den Lebensstandard aller erhöhen.

Wir müssen Abschied nehmen vom Ziel, die Frauen zum männlichen «Normalarbeiter» zu machen. Ebenso von der Erwartung, dass sich unbefristete Hausarbeit irgendwann von selbst auf beide Geschlechter gerecht verteilen werde. Wir sollten das, was wir zu Hause, in der Schule, im Pflegeheim und im Spital tun, benennen und politisieren. Wir sind Abhängige im Dienst von Abhängigen. Um unsere Arbeit gut, gerecht und zufriedenstellend machen zu können, brauchen wir Zeit und Geld. Das Argument, dass dieses Geld nicht vorhanden sei, lassen wir nicht mehr gelten. Es ist eine Frage des politischen Willens und der Bereitschaft zur Umverteilung des vorhandenen Geldes.

Unsere Aufgabe als Feministinnen und Linke ist es, diesen politischen Willen aufzubauen und zu festigen. In der Schweiz verfügt jeder See und jeder Berg über eine Lobby. Auch Care-Arbeit braucht eine breit abgestützte politische Bewegung, die dafür sorgt, dass die hier formulierte politische Perspektive zentral wird für künftige steuer-, gesundheits-, familien-, sozial- und wirtschaftspolitische Projekte und Entscheide. Dass eine solche Bewegung bisher fehlt, ist angesichts des riesigen Ausmaßes der Care-Leistungen und ihrer Bedeutung für unseren Lebensstandard beelendend. Von heute an gilt es, Care-Arbeit vor der kapitalistischen Ausbeutung zu schützen.

Anmerkungen

- 1 Fraisse, Geneviève, 2009: *Service ou servitude. Essais sur les femmes toutes mains.* Paris, 16.
- 2 Siehe Anm. 1.
- 3 Wertvolle Inputs für den vorliegenden Beitrag lieferte die Podiumsdiskussion im Rahmen der feministischen Dialoge zum Thema «Hausarbeit – neue und alte feministische Kontroversen» (9. Mai 2012) mit den Historikerinnen Barbara Duden, Elisabeth Joris und Tove Soiland, moderiert von Mascha Madörin, Ökonomin. Die feministischen Dialoge sind eine Veranstaltungsreihe einer Arbeitsgruppe von WIDE Switzerland.

- 4 Aktuell rufen Bundesrat und Wirtschaft in der Schweiz nach «besserer Nutzung des Potenzials inländischer Fachkräfte». Im Rahmen der sogenannten Fachkräfteinitiative sollen Lösungen gefunden werden, die Frauen, insbesondere Mütter, besser in die Erwerbsarbeit integrieren. Frauen sollen mehr und am besten Vollzeit arbeiten. In diesen Prozess eingebunden sind alle Parteien, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmendenverbände. www.wbf.admin.ch/de/themen/bildung-forschung-innovation/fachkraefteinitiative (Abfrage 2.7.2015).
- 5 Zur Problematik der Frauenerwerbsquote und Teilzeitarbeit vgl. u. a.: Schilliger, Sarah, 2009: Who Cares? Care-Arbeit im neoliberalen Geschlechterregime. In: *Widerspruch*, Heft 56, Zürich, 93–106.
- 6 In Wochenarbeitsstunden übersetzt heisst das, dass Frauen durchschnittlich knapp 30 Stunden in unbezahlte Arbeit und 20 Stunden in bezahlte investieren, gegenüber den Männern, die 17 Stunden unbezahlt und 34 Stunden bezahlt arbeiten. Besonders frappant ist der Unterschied in Familien mit kleinen Kindern. Vgl. www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/20/05/blank/key/Vereinbarkeit/04.html (Abfrage 2.7.2015). Dazu geforscht und publiziert hat ausführlich Mascha Madörin, u. a. 2010: Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen. Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz. In: *Widerspruch*, Heft 58, Zürich, 97–108.
- 7 Von gesamthaft 16,4 Millionen geleisteten Arbeitsstunden wurden im Jahr 2013 8,7 Millionen unbezahlt und lediglich 7,7 Millionen bezahlt geleistet. Zwei Drittel der unbezahlten Arbeitsstunden leisteten die Frauen. www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/01/new/nip_detail.html?gnpID=2015-355 (Abfrage 2.7.2015). Auch hier ist Mascha Madörin wegweisend in der Analyse und Bereitstellung der Zahlen zur unbezahlten Arbeit, u. a. 2007: Neoliberalismus und die Reorganisation von Care-Arbeit. Eine Forschungsskizze. In: *Denknetz Jahrbuch 2007*, Zürich, 141–162.
- 8 Der jährlich stattfindende nationale Zukunftstag, ein Projekt der kantonalen Gleichstellungsbüros, will Mädchen und Jungs zum «Seitenwechsel» animieren. «Sie sollen untypische Berufsfelder kennenlernen und sich so von starren Geschlechterbildern lösen.» www.nationalerzukunftstag.ch (Abfrage 2.7.2015).
- 9 Doing Gender ist ein Begriff aus dem Bereich der Gender Studies, der die alltägliche Praxis der Reproduktion von Geschlechterrollen und -stereotypen beschreibt. Der Fokus dieses Ansatzes ist mehr auf individuelle Verhaltensweisen und kulturelle Erwartungen als auf ökonomische Bedingungen und Strukturen gerichtet.
- 10 Ausführlich auseinandergesetzt mit dem Begriff der Abhängigkeit haben sich Fraser, Nancy / Gordon, Linda, 2001: Abhängigkeit im Sozialstaat. Genealogie eines Schlüsselbegriffs. In: Fraser, Nancy: Die halbierte Gerechtigkeit – Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats. Frankfurt am Main, 180–220.
- 11 Fraisse 2009 (Anm. 1), 21–47.
- 12 Joris, Elisabeth, 1990: Die Schweizer Hausfrau. Genese eines Mythos. In: Brändli, Sebastian u. a. (Hg.): *Schweiz im Wandel*. Basel, 99–116.
- 13 AGGP (Aktion Gsundi Gsundheitspolitik) (Hg.), 2011: Schwarzbuch «Wir können dich zwingen». Gesundheitspersonal: Zielscheibe struktureller Gewalt in Zürcher Spitälern. Zürich. www.aggp.ch/seiten/home.php (Abfrage 2.7.2015).
- 14 www.spitalkämpferinnen.ch (Abfrage 2.7.2015).
- 15 Berechnung von Mascha Madörin (Faktenblatt Pflegeversicherung, unpubliziert) anhand von Daten des Eurostat online. <http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/tsdde530> (Abfrage 2.7.2015).
- 16 Die Frage, welche Arbeit bezahlt werden muss und welche nicht lohnförmig organisiert werden sollte, ist zu diskutieren. Wir sind der Meinung, dass mindestens die Arbeit für abhängige Menschen (Kinder, Kranke, pflegebedürftige Alte) bezahlt werden muss – unabhängig davon, ob sie in Institutionen oder in Haushalten geleistet wird.